

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/191

Bonn, den 15. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	En Würde und Besinnung ----- Zum Tag der deutschen Einheit Von Willy Brandt Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	69
3	Stillstand in der Deutschlandpolitik ----- Fazit der letzten Woche	46
4 4a	Ein Kongreß der Superlative ----- Sozialdemokraten zeigen den Weg für eine moderne Kommunalpolitik Von Friedrich Regitz, MdL, Saarbrücken	71
5	Glosse: ----- Rettung aus Fristnot ----- ... ohne schuldhaftes Zögern - unverzüglich - ...	50
6	Staatsbesuch ohne Pressekonferenz ----- Vor der Skandinavienreise Chruschtschows Von unseren Korrespondenten in Skandinavien: Adolph Roster	48

* * *

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

In Würde und Besinnung

Zum Tag der deutschen Einheit

Von Willy Brandt,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat am 12. Juni 1964 in Moskau erklärt, das Recht der Selbstbestimmung könne auf das deutsche Volk keine Anwendung finden, weil es nach seiner Ansicht zwei deutsche Staaten gebe. Dieser 17. Juni sollte deshalb für das ganze deutsche Volk, soweit es in Freiheit lebt und es das bekunden kann, ein besonderer Anlaß sein, um dieser These des sowjetischen Ministerpräsidenten in aller Form und mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Das Selbstbestimmungsrecht ist unteilbar. Es steht dem deutschen Volke genauso zu, wie jedem anderen Volk in der Welt, und wir werden nicht nachlassen, dieses Recht von der Sowjetunion auch für uns zu fordern.

Auf dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in Moskau sollten die Diskussionen, ob wir in der Bundesrepublik der Tag der deutschen Einheit in der richtigen Form begehen, eigentlich überflüssig geworden sein. Sie werden trotzdem wieder neu aufleben, denn es ist nicht zu bestreiten, daß nicht wenige Menschen an diesem Tage nur ins Grüne fahren. Und trotzdem: Ich wende mich dagegen, ein freies Volk ausgezählt an diesem Tage zu kommandieren. Menschen, die mit Narren und Groll an diesem Tage "Weisungen" entgegennehmen, dienen der Besinnung auf die deutsche Einheit überhaupt nicht. Ein unfreiwilliges Opfer bleibt ohne Wert.

Auch ich empfinde an diesem Tage die Autokolonnen und das Picknick im Grünen als peinlich. Aber hier hilft kein Befehl, hier gilt es zu überzeugen.

Dabei sollten wir nicht zu sehr die Verzagten spielen und so tun, als gäbe es keine Hoffnung, den 17. Juni wirklich zu einem Tag der Besinnung werden zu lassen. Im Gegenteil, es erweist sich, daß an den vielen Veranstaltungen zum 17. Juni von Jahr zu Jahr mehr Menschen teilnehmen. Und was besonders wichtig ist: Man sieht immer mehr jugendliche Gesichter unter den Teilnehmern.

In diesem Jahr appelliere ich mit besonderer Dringlichkeit, sich an den Kundgebungen zum 17. Juni zu beteiligen. Das ist die beste Antwort, die wir Chruschtschow geben können. Ich werde auch jeden Beschluß einer studentischen Gemeinschaft oder eines Kommunalparlamentes begrüßen, an diesem Tage freiwillig ein gemeinnütziges Werk fördern zu helfen. Was aus freiem Willen geschieht, wirkt als gutes Beispiel.

Andere Völker haben es mit ihren Nationalfeiertagen leichter als wir. Welche Regime es auch in Frankreich gab, der Tag der Erstürmung der Bastille ist immer ein Tag der Freiheit geblieben. Das gilt in ähnlicher Weise für den Unabhängigkeitstag in den Vereinigten Staaten. Bei uns - in der Zone - ist am 17. Juni 1953 die Freiheit von sowjetischen Panzerketten zermalmt worden. So tapfer jeder einzelne Teilnehmer des großen Aufbegehrens auch war, er mußte der Gewalt weichen.

Unsere Pflicht bleibt es, nicht zu resignieren. Wir müssen an diesem Tage - aber nicht nur an ihm - die Verpflichtung spüren, mit politischen Mitteln das Ziel zu erreichen, das den Menschen in Ostberlin und in der Zone zunächst versagt geblieben ist, als sie mit Steinen und mit Fäusten gegen ihre Unterdrücker angingen. Seit Juni 1963 haben die Menschen in der Zone eine schrecklich schwere Last tragen müssen. Und dennoch: Der Freiheitswille ist lebendig geblieben.

Es hat keinen Sinn, so zu tun, als wenn wir durch das Beschwören von Formeln der Wiedervereinigung schon näher kämen. Auch unsere Landsleute in der Zone wissen, daß nur ein mühevoller Prozeß, das Ausnutzen auch kleiner Chancen in der internationalen Politik, uns diesem Ziele näherbringen kann. Das Bemühen um menschliche Erleichterungen ist in diesem Sinne das Stück Wiedervereinigung, das heute praktisch möglich ist.

Dieser Tag darf nicht vorübergehen, ohne der politischen Gefangenen zu gedenken. Bautzen und Waldheim müssen uns mahnen, müssen uns Ansporn sein, das Weltgewissen für die Menschlichkeit und für die Menschenrechte zu mobilisieren.

In freien Teil Deutschlands aber sollten wir erkennen, daß nicht das fruchtlose Diskutieren um diesen Tag, sondern unser weithin sichtbares Beispiel dem 17. Juni seine Bedeutung gibt. Und das heißt: Der nationale Gedenktag ist kein Ersatz für Schwächen oder Mißerfolge der Politik. An diesem Tag kann nur der Wille formuliert und bekundet werden, der das ganze Jahr über spürbar und wirksam sein muß. Der Wille: Wir sind ein Volk, und nichts kann uns trennen.

Stillstand in der Deutschlandpolitik

ler - In der Deutschlandpolitik wird auf der Stelle getreten. Westliche Initiativen, von Bonner Regierungsseite in den letzten Wochen so oft angekündigt, bleiben aus, finden nicht statt. Diese qualvolle Situation ist bedingt durch die im Herbst fällige Präsidentschaftswahl in den USA und durch die Neuwahlen zum britischen Unterhaus, die aller Voraussicht nach die Labour-Party auf die Regierungsbänke bringen wird. Das schränkt die aussenpolitische Regierungsfreiheit der USA und Großbritanniens ein. Sie wollen zu den bestehenden Sorgen sich nicht neue aufbürden. In der Deutschlandpolitik der Westmächte gibt es allgemeine und für alle verbindlich proklamierte Grundsätze und Zielsetzungen; die Wege zu ihrer Verwirklichung bleiben freilich in Dunkel gehüllt. Es besteht auch keine Neigung, sich derzeit in der Deutschlandfrage mit der Sowjetunion anzulegen. Auf den Schultern der USA drücken derzeit schwerere Lasten. Südostasien, die Entwicklung in Lateinamerika, das Verhältnis zum kommunistischen China und die wachsende, beunruhigende Rolle, die dieser neuen Weltmacht nun zukommt, waren beherrschende Themen bei dem Gespräch zwischen Präsident Johnson und Bundeskanzler Erhard.

Erhard und Johnson sprachen - so das Kommuniqué - auch die Überzeugung aus: "daß Maßnahmen zur Vermeidung der Kriegsgefahr und zur Herbeiführung der Rüstungskontrolle dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung dienen". Dieser Satz bedarf keiner Interpretation, er spricht für sich selbst. Sind dieser Meinung aber auch alle Führungskräfte innerhalb der Unionsparteien? Die einen erhoffen sich die Wiedervereinigung durch Entspannung - und der deutsche Bundeskanzler hat sich hier eindeutig festgelegt - die anderen wollen erst die Wiedervereinigung, die Entspannung werde dann gewissermaßen von selbst kommen. Während Erhard mit den führenden amerikanischen Politikern konferierte, ihnen seine Sorgen und Auffassungen dartat, glaubte der zur gleichen Zeit in den USA herumbreisende Franz Josef Strauß die USA mit erhobenem Zeigefinger vor den Gefahren des Weltkommunismus und der Entspannung warnen zu müssen. So bot sich in der letzten Woche Bonner Aussenpolitik in amerikanischen Augen zweigleisig dar, doch diese Gleise laufen nicht parallel, sie laufen auseinander. Bundeskanzler Erhard und sein Aussenminister sagen Ja zur Politik der Entspannung, aber große Teile der Regierungskoalition verfolgen dies mit Mißtrauen. Solange dieses Kräfteverhältnis innerhalb der Regierungsparteien nicht entschieden ist, solange sind wohl auch von Bonn keine belebenden Impulse zu erwarten.

War es Zufall, daß am Tage der zweiten Zusammenkunft zwischen Erhard und Johnson die Veröffentlichung des Moskauer Abkommens mit dem Kremlstatthalter in Mitteldeutschland, Ulbricht, erfolgte? Die Westmächte, darüber schon vorher unterrichtet - ein beachtenswertes Novum in der Geschichte der west-östlichen Diplomatie - reagierten mit der gebotenen Schnelle. Gewiß enthält sich das Abkommen aller aggressiven Töne, es bringt keine Verschärfung in der Deutschlandpolitik der Sowjetunion, es bekräftigt den vorhandenen Zustand, und dies bedeutet keinen Lichtblick für die Zukunft. Ulbricht fand wieder einmal heraus, was ihn in Moskau unentbehrlich macht; zwar erhielt er nicht den ersehnten Preisverortrag, aber immerhin eine Prestigeerhöhung. Die Westmächte haben die Sowjetunion wieder an ihre Verpflichtungen in der Deutschlandfrage erinnert. Aus dieser Verpflichtung gibt es durch einseitige Akte und Festlegungen kein Ausschneiden. Die Geschichte unseres Jahrhunderts beweist zur Genüge, wie kurzlebig für einen langen Zeitraum geschlossene Abkommen manchmal sein können.

Ein Kongreß der Superlative

Sozialdemokraten zeigen den Weg für eine moderne Kommunalpolitik
Von Friedrich Regitz, MdL, Saarbrücken

Die 9. Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD in Saarbrücken war die bisher größte Demonstration für das erfolgreiche Wirken von Sozialdemokraten in den Städten, Gemeinden und Landkreisen der Bundesrepublik. Es war ein Kongreß der Superlative. Mit über 1 200 Delegierten aus der Bundesrepublik und Westberlin war es die größte kommunalpolitische Konferenz seit Kriegsende. Bei einem internationalen Freundschaftstreffen im Deutsch-französischen Garten waren 40 000 Menschen gekommen, um den SPD-Vorsitzenden und Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, zu hören. Das war die größte Veranstaltung politischer Art, die im Saarland stattgefunden hat. Die mit dem Kongreß verbundene kommunale Leistungsschau ist die bedeutendste Dokumentation, die über die Gemeinschaftsaufgaben der deutschen Städte und Gemeinden je zusammengestellt wurde.

Mietwohnungsbau über das Jahr 1966 hinaus

Die Konferenz, die unter dem Motto WOHNEN UND LEBEN IN MODERNEN GEMEINDEN stand, befaßte sich mit den dringlichen Problemen in der deutschen Kommunalpolitik und zeigte den Weg, der zu ihrer Lösung beschritten werden muß. Willy Brandt und Fritz Erler gaben der Tagung das politische Profil, während unabhängige Wissenschaftler zu den Fragen der Raumordnung und des Wohnungsbaues Stellung nahmen. Fritz Erler erhob die Forderung nach einer Neuordnung der Finanzverfassung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Er trat für gesetzliche Maßnahmen zur Verhinderung von Grundstücksspekulationen ein und verlangte Ersatz für den Steuerausfall der Gemeinden, die von Bund durch die im Wahljahr vorgesehenen Steuerermäßigungen verursacht werden. Erler kritisierte die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung scharf und forderte weiterhin eine öffentliche Förderung von Eigentums- und Mietwohnungsbau über das Jahr 1966 hinaus. In einer dynamischen Industriegesellschaft müßte nicht nur mit einem ständigen Wechsel der Lebensformen, sondern auch der Arbeitsplätze gerechnet werden. Wer das durch eine einseitige Förderung des Eigenheimbaues zu verhindern suche, gefährde die Entwicklung und das Wachstum der Wirtschaft. In der Bundesrepublik

müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Menschen durch eine vernünftige Entwicklungspolitik in Stadt und Land gleiche Aufstiegs- und Entwicklungschancen erhalten.

Die Meinung von Wissenschaftlern

Der Göttinger Soziologe Prof. Dr. Hans Paul Bahrät, der ebenfalls zu Fragen des Wohnungsbaues Stellung nahm, wies auf die Gefahr einseitiger Förderung des Eigenheimbaues hin, weil damit eine Ausuferung unserer Städte und die Entwicklung zu einem Suburbanismus kalifornischer Prägung verbunden sei. Das Bauwesen und der Wohnungsbau bedürften zu allen Zeiten einer stärkeren staatlichen Lenkung als andere Wirtschaftszweige, weil ein gesundes Auspendeln von Angebot und Nachfrage nicht ohne weiteres möglich sei. Professor Dr. Albers aus München wies auf die Bedeutung der Raumordnung hin. Er warnte jedoch vor zu großen Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können, wenn nicht zugleich die Frage der Gewerbesteuer und der Bodengesetzgebung einer vernünftigen Regelung zugeführt wird.

Der Geschäftsführer der Deutschen Olympischen Gesellschaft, Gert Abelbeck, der zu dem Thema "Der goldene Plan und die Gemeinden" sprach, wies auf den Bedarf von 6,3 Milliarden DM hin, der für die Errichtung von Sportstätten im Verlauf von 15 Jahren benötigt wird. Während Länder und Gemeinden ihre Anteile bisher weitgehend aufgebracht hätten, sei der Fund erheblich im Rückstand.

Zu Fragen der Stadt- und Dorferneuerung sprachen Stadtbaurat Dr. Klaus Müller-Ibold aus Kiel, Staatssekretär Dr. Tassilo Tröscher und Dr. jur. Karlheinz Storsberg. Ihre gemeinsame Überzeugung war, daß es zu einer Verringerung des Gefälles zwischen Stadt und Land kommen müsse, wenn in den Ballungsräumen Ordnung geschaffen werden soll. Bund, Länder und Gemeinden sind gleichermaßen aufgerufen, die Fragen zu lösen, die das Schicksal jedes einzelnen Bürgers direkt betreffen.

Die Konferenz in Saarbrücken vermochte sicher nicht alle Fragen der Kommunalpolitik endgültig zu beantworten, aber sie hat erneut deutlich gemacht, daß die Sozialdemokraten wissen, welche Wege beschritten werden müssen, um unseren Bürgern gesundes Wohnen und ein glückliches Leben in den modernen Gemeinden zu ermöglichen.

Glosse:Rettung aus Fristnot

P.Sch. - In der letzten Sitzung des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik kam es zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Frage, zu welchem Zeitpunkt die nächste Versicherungstechnische Bilanz, die an sich für den Stichtag 1. Januar 1965 erstellt werden mußte, dem Bundestag vorgelegt werden soll. Es würde nämlich nach Auffassung der SPD-Abgeordneten rationellem Denken und Handeln entsprechen, wenn diese Versicherungstechnische Bilanz zusammen mit dem Sozialbericht 1964 und dem nächsten (siebenten) Renten Anpassungsgesetz zum 30. September 1964 vorgelegt werden würde. Dies beantragten die Sozialdemokraten. Die im Ausschuß vertretenen Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP lehnten jedoch (mit 12 zu 11 Stimmen) den SPD-Antrag ab.

Die Ablehnung eines vernunftgemäßen Antrages hat offenbar bei den an diesem Beschluß Beteiligten Skrupel hervorgerufen und die Erkenntnis vermittelt, etwas getan zu haben, was berechtigter Kritik nicht standhalten vermag. Bei dem nunmehr zweckmäßig erscheinenden Versuch, dieses nun einmal zustandegekommene Fehlergebnis parlamentarischer Tätigkeit (zugunsten der Administration der Bundesregierung!) ungeschehen bzw. erträglich zu machen, beschloß die CDU/CSU- und FDP-Mehrheit, die Bundesregierung zu ersuchen, die nächste Versicherungstechnische Bilanz "unverzüglich" vorzulegen.

Es ist nicht neu, daß die Mehrheitsfraktionen im Bundestag - kraft ihrer Mehrheit - auf Anträge der SPD, die Bundesregierung auf bestimmte Erfüllungstermine festzulegen, mit Abstimmungsergebnissen antworten, die der Bundesregierung Erleichterungen zur Erledigungsfrist verschaffen. Wenn aber neuerdings der Bundesregierung - in diesem Falle dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung - eingeräumt wird, einen hochwichtigen Auftrag "unverzüglich" auszuführen, dann ist darunter diejenige Erleichterung zu verstehen, die der § 21 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches anbietet. Dort ist nämlich dem Rechtsbegriff "unverzüglich" die Erklärung "ohne schuldhaftes Zögern" beigegeben worden.

Kann aber der Bundesregierung überhaupt noch eingeräumt werden, daß sie "ohne schuldhaftes Zögern" die per 1.1.1965 fällige Versicherungstechnische Bilanz vorzulegen hat, nachdem die Ausschuß-Mehrheit die Entfaltung von ihr selbst beabsichtigte Durchsetzung eines Antrages unterließ, der eine unzumutbare Ausdehnung des Berichtszeitraumes zum Ziele hatte? Nach den edlen Grundsätzen, die im Bürgerlichen Gesetzbuch niedergelegt sind, wäre man versucht, von einem "geheimen Vorbehalt, Scheinerklärung, nicht ernstlichen Willenserklärungen bzw. unrichtiger Übermittlung einer Willenserklärung" sprechen zu dürfen, wenn sich dies auf zivilprozeßrechtliche Vorgänge und Tatbestände erstreckt hätte. Im Parlament und seinen Ausschüssen aber geht es um Angelegenheiten und Vorhaben, die im Rahmen des Grundgesetzes und der Geschäftsordnung des Bundestages angewandt werden. Allerdings sind diese sicherlich nicht immer frei von Tatbeständen, die bei richterlicher Überprüfung, wäre die Angelegenheit zivilprozeßrechtlich zu beurteilen, manchmal und vielleicht gerügt werden könnten.

Es wird dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und seinen sachverständigen und rechtskundigen Herren Mitarbeitern sicherlich wohl-tun, daß einem wichtigen parlamentarischen Auftrag nur "unverzüglich" nachgekommen zu werden braucht.

Staatsbesuch ohne Pressekonferenz

Vor der Skandinavienreise Chruschtschows
Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Eine gewisse "Entpolitisierung" des Chruschtschowbesuchs in Skandinavien sehen viele Beobachter in dem Umstand, daß der sowjetische Ministerpräsident seine vorgesehenen Pressekonferenzen in Kopenhagen, Stockholm und Oslo annulliert hat. Es wird darauf hingewiesen, daß Chruschtschow auch während seines Besuchs in Kairo keine Pressekonferenz abgehalten hat. Was den Norden betrifft, so ist man der Auffassung, daß Chruschtschow und die Gastgeber in Dänemark, Schweden und Norwegen eigentlich dasselbe politische Interesse daran haben, durch die Einstellung der öffentlichen Pressekonferenzen möglichst heikle Frage- und Antwortstunden zu vermeiden.

Während man in Dänemark - dem ersten Reiseziel Chruschtschows - dem Besuch ziemlich kühl und unvoreingenommen entgegensieht, sind in Schweden und Norwegen gewisse antisowjetische Gruppen tätig geworden. Die dortigen Sicherheitsbehörden haben entsprechende Maßnahmen getroffen, um eventuellen Demonstrationen vorzubeugen. Vor allem in Schweden gibt es zahlreiche baltische Flüchtlinge, die während des zweiten Weltkrieges und in den Jahren danach ihre Heimatländer verlassen mußten und von denen viele die schwedische Staatsbürgerschaft angenommen haben. An der Spitze der "Vermeide Khrustjow-Bewegung" stehen eine Reihe wohlbekannter Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben in Schweden und Norwegen. Ein einzelner, abgedankter dänischer Politiker versucht ebenfalls, Stimmung gegen den Chruschtschow-Besuch zu machen.

Mehr als 300 ausländische Presse-, Rundfunk und Fernsehvertreter, darunter auch viele aus der Bundesrepublik, haben sich für den Besuch in Skandinavien angemeldet. Man rechnet damit, daß Chruschtschow in allen drei Hauptstädten eine politische Rede halten wird, die auch in europäischen und amerikanischen Fernsehen ausgestrahlt werden soll. Was aber die Gespräche zwischen den Regierungsspitzen und Chruschtschow und seiner Begleitung betrifft, so kann man wohl kaum mit politischen Verhandlungen rechnen. Dänen, Schweden und Norweger möchten den Besuch in erster Linie als offizielle Gegenvisite und persönliche Begegnung betrachten; für jede mögliche Erweiterung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen ihren Ländern und der Sowjetunion sind sie aufgeschlossen.

Darüber hinaus werden die sowjetischen Gäste kaum Verständnis finden, wenn sie auf Themen wie die atomwaffenfreie Zone im Norden bestehen sollten oder, falls sie den Versuch unternehmen, gegen die NATO-Mitgliedschaft Dänemarks oder Norwegens zu wettern.

In Dänemark wird Chruschtschow Gelegenheit haben, mit einer hochentwickelten modernen Landwirtschaft bekannt zu werden. Er wird nicht nur einen Tag lang Bauernhöfe und eine Landwirtschafts-Hochschule auf den Fjällen aufsuchen, sondern auch bei der Eröffnung der jährlichen Tierschau auf dem Bellahøj in Kopenhagen anwesend sein. Hier wird er als Geschenk der dänischen Landwirtschaftsverbände ein Paar der besten Zuchtkühe bekommen, die als "Ursippe" für einen zu entwickelnden Viehbestand in einem Ort in der Sowjetunion gedacht sind.